



Frau
Agnes Brugger
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Ernst Burgbacher MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
Beauftragter der Bundesregierung
für Mittelstand und Tourismus

HAUSANSCHRIFT Schamhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL. +49 (0)3018 615-64 20 od. (0)30 2014-64 20

FAX +49 (0)3018 615-64 49 od. (0)30 2014-64 49

E-MAIL ernst.burgbacher@bmiw.bund.de

DATUM Berlin, 9. Mai 2012

Fragestunde des Deutschen Bundestages am 9. Mai 2012
Frage Nr. 46

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Agnes Brugger

namens der Bundesregierung beantworte ich die mündliche Frage wie folgt:

Frage

Welche abrüstungspolitischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass zahlreiche deutsche Versicherer und Banken, darunter Landesbanken und die KfW, in Herstellerfirmen von Atomwaffen investieren, und welchen Regelungsbedarf sieht sie diesbezüglich zur Erreichung des von ihr selbst erklärten Ziels der weltweiten nuklearen Abrüstung?

Antwort:

Informationen über Investitionen deutscher Versicherer und Banken in sog. Herstellerfirmen von Atomwaffen liegen nicht vor. Versicherungs- und bankaufsichtsrechtlich werden Informationen über die hergestellten Produkte eines Unternehmens, in das Versicherer und Banken investieren, nicht abgefragt. Einschlägige Berichte von Nichtregierungsorganisationen können daher nicht bestätigt werden.

Die Bundesregierung sieht hinsichtlich ihrer internationalen Verpflichtungen im Bereich der Abrüstung und Nichtverbreitung keinen Regelungsbedarf.

Seite 2 von 2 Die Bundesregierung hält eine nationale Regelung für deutsche Investitionen in Herstellerfirmen von Atomwaffen auch nicht für ein geeignetes Mittel zur Erreichung des von ihr selbst gesetzten Ziels der weltweiten nuklearen Abrüstung.

Mit freundlichen Grüßen

Je
E. Müller